

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Europa und Internationales

**zu der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa
vom 15. April 2021
– Drucksache 16/10079**

Bericht über aktuelle europapolitische Themen

Beschlussempfehlung

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa vom 15. April 2021
– Drucksache 16/10079 – Kenntnis zu nehmen.

23.06.2021

Die Berichterstatterin:

Der Vorsitzende:

Andrea Bogner-Unden

Willi Stächele

Bericht

Der Ausschuss für Europa und Internationales behandelte die Mitteilung des Ministeriums der Justiz und für Europa, Drucksache 16/10079, in seiner 1. Sitzung am 23. Juni 2021.

Der Vorsitzende wies darauf hin, es sei guter Brauch, die Aussprache zum Bericht über aktuelle europapolitische Themen im Wesentlichen in einer Plenarsitzung zu führen. Der vorliegende Bericht, der sich auf das erste Quartal 2021 beziehe, habe pandemiebedingt nicht früher im Ausschuss behandelt werden können. Die Mitteilung Drucksache 16/10079 werde – ergänzt um aktuelle Entwicklungen – in der 8. Sitzung des Landtags von Baden-Württemberg beraten. Bedauerlich sei, dass die Debatte über europapolitische Themen häufig ans Ende der Tagesordnung der Plenarsitzungen gesetzt werde, was nicht dazu beitrage, europapolitische Aktivitäten sichtbarer zu machen.

Der Staatssekretär im Staatsministerium führte aus, für den vorliegenden europapolitischen Quartalsbericht habe er noch nicht die Zuständigkeit gehabt, da er sein Amt erst Ende Mai übernommen habe. Nichtsdestotrotz wolle er die Möglichkeit nutzen, einige Punkte anzusprechen, die ihm und der Landesregierung in den nächsten Monaten wichtig seien.

Ausgegeben: 25.6.2021

1

Schon im Koalitionsvertrag werde der hohe Stellenwert der Europapolitik deutlich. Auch habe der Ministerpräsident den Vorsitz des Europaausschusses des Bundesrats, der traditionell schon bei Baden-Württemberg liege, übernommen, um so im Europaausschuss des Bundesrats protokollarisch höchstmögliche Wahrnehmung zu erlangen.

Obwohl in der letzten Legislaturperiode die Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium der Justiz und für Europa sowie dem Staatsministerium, die sich die Zuständigkeit für das Thema Europa teilten, sehr gut gewesen sei, halte er es für die richtige Entscheidung, die Europapolitik, die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und die Zuständigkeit für die Landesvertretung in Brüssel wieder im Staatsministerium zu bündeln. Europapolitik sei kein Politikbereich wie jeder andere. Deswegen sei der Ausschuss für Europa und Internationales, wie der Vorsitzende bereits angekündigt habe, auch kein Ausschuss wie jeder andere. Hier handle es sich um keinen Fachbereich, sondern um eine politische Ebene. Diese Querschnittsaufgabe werde am besten im Staatsministerium bzw. in der Landesregierung koordiniert.

Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungspolitik ressortierten nicht bei ihm. Dafür sei sein Kollege, der Bevollmächtigte des Landes Baden-Württemberg beim Bund, zuständig. Doch sei hier eine gute und reibungslose Zusammenarbeit sichergestellt.

Der Landtag – insbesondere der Europaausschuss – übernehme aus seiner Sicht eine entscheidende Rolle für die Europapolitik des Landes, weil in den letzten Jahren die parlamentarische Begleitung der Europapolitik auf allen Ebenen – nicht nur in Brüssel durch das gestärkte Europaparlament, sondern auch im Bundestag und in den Landtagen – an Bedeutung gewonnen habe. Auch die EU-Ebene – das könne er aus den Gesprächen der letzten Wochen mit Vertretern aus Brüssel sagen – habe erkannt, wie wertvoll die Rückkopplung gerade mit den regionalen Parlamenten sei, insbesondere wenn es hier wie in Baden-Württemberg Gesetzgebungszuständigkeiten gebe. Deshalb sei zu begrüßen, dass der Landtag seine europapolitische Verantwortung sehr ernst nehme, sich wie in der letzten Legislaturperiode weiterhin aktiv mit den europapolitischen Entwicklungen auseinandersetze und sich auch immer wieder mit eigenen Stellungnahmen zu Vorhaben und Initiativen einbringe.

Als ersten Schwerpunkt, der auch im europapolitischen Bericht abgebildet sei, sehe er die Konferenz zur Zukunft Europas. Hier komme dem Landtag eine sehr wichtige Rolle zu. Die Konferenz zur Zukunft Europas werde eines der prägenden Themen bis zum kommenden Frühjahr sein. Im Juni habe die erste Sitzung in Straßburg stattgefunden. Er freue sich besonders, dass der Landtag mit der Landtagspräsidentin eine Vertreterin in der Plenarversammlung der Zukunftskonferenz habe, die dort die Interessen Baden-Württembergs vertrete.

Bereits in der vergangenen Legislaturperiode habe der Landtag in der Zukunftsdebatte erste Impulse gesetzt – er erinnere an die Veranstaltung mit dem damaligen Kommissionspräsidenten Juncker – und auch die Diskussion vorangebracht. So sei der Europa-Leitbild-Prozess der letzten Legislaturperiode gewissermaßen eine Blaupause für das, was jetzt auf europäischer Ebene geschehe. Durch die Beteiligung von Zufallsbürgern, durch Bürgerkonvente und die landesweiten Bürgerdialoge hätten sich andere Perspektiven ergeben, als wenn nur mit den klassischen Stakeholdern gearbeitet worden wäre. Es seien andere Themen und andere Eindrücke aufgekommen. Neben der Durchführung landesweiter Bürgerdialoge solle im Übrigen mit grenzüberschreitenden Bürgerdialogen Neuland betreten werden. Mit Partnern aus dem Grand Est, aus Polen und der Tschechei werde über ein geeignetes Format nachgedacht. Auch gebe es im Hinblick auf eine mögliche Unterstützung Gespräche mit dem Ausschuss der Regionen.

Als Zweites sei ihm mit Blick auf die Donaunraumstrategie wichtig, entlang der Donauanrainerstaaten mit plus/minus 50 Jugendlichen aus 14 Donauländern eine Art Jugenddonausalon durchzuführen und dort über die Zukunft der Europäischen Union zu diskutieren.

Überdies sei es extrem wichtig, in den Wahlkreisen vor Ort für eine Beteiligung an der Zukunftskonferenz zu werben.

Des Weiteren sei der EU-Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ ein ganz wichtiger Baustein. Mit der Ratifikation des sogenannten Eigenmittelbeschlusses sei nun der Weg für den Wiederaufbaufonds „Next Generation EU“ frei. Für die Umsetzung seien die jeweiligen Mitgliedsstaaten zuständig. Den deutschen Aufbauplan habe die EU-Kommission gestern genehmigt. Zwar hätte er sich mehr Beteiligung in der Ausgestaltung durch die Länder gewünscht, doch enthalte der Plan Schwerpunkte wie Wasserstofftechnologie, Elektromobilität und digitale Bildungsplattformen, die von überragender Bedeutung und von beträchtlichem finanziellen Ausmaß seien.

Aus seiner Sicht sollte in Zukunft der Einsatz der EU-Mittel in den Mitgliedsstaaten besser kontrolliert und mit der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards verknüpft werden. In diesem Zusammenhang danke er dem früheren Minister der Justiz und für Europa, der sich diesbezüglich sehr stark eingesetzt habe und in Brüssel dafür eingetreten sei, dass die Rechtsstaatlichkeit mehr in den Blick genommen werde.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt sei die Umsetzung des European Green Deals. Die EU-Kommission wolle am 14. Juli 2021 ihr „Fit for 55“-Programm vorlegen. Dieses betreffe klimapolitische Bereiche wie die Überarbeitung und Ausweitung des Emissionshandels, die Anpassung der Lastenverteilungsverordnung, die Verschärfung der CO₂-Flottengrenzwerte, die Einführung eines CO₂-Grenzausgleichsmechanismus und die Änderung der Richtlinie für erneuerbare Energien.

Ein dritter Schwerpunkt sei das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz. Dieses habe in den letzten Wochen alle, insbesondere die Abgeordneten aus der Grenzregion, umgetrieben. Für Baden-Württemberg als Nachbar und enger Partner der Schweiz sei es besonders bedauerlich, dass dieses Abkommen jetzt erst einmal gescheitert sei. Im Vorfeld seien die Beteiligten auf die Bedeutung hingewiesen worden. Häufig werde mit Überraschung zur Kenntnis genommen, dass es mit der Schweiz ein ähnliches Handelsabkommen wie mit China gebe. Gerade im Grenzraum gebe es sehr enge Verflechtungen und Beziehungen. Aus seiner Sicht sollte sich Baden-Württemberg weiter intensiv einbringen mit dem Ziel, hier eine weitere Eskalation bzw. Verhärtung zu vermeiden. Die punktuelle Zusammenarbeit sollte gefördert werden. Die Partnerschaft mit der Schweiz und die Fortschreibung der Schweiz-Strategie seien im Koalitionsvertrag festgehalten. Daran müsse sich die Landesregierung messen lassen. Er werde heute Abend zu einem Termin der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK) in die Schweiz fahren. Dort werde er mit den Teilnehmern aus den Kantonen das Thema intensiv besprechen. Dabei sei für Baden-Württemberg insbesondere der Forschungsbereich Horizon Europe wichtig. Hier sollte es mit der Schweiz weiterhin eine gute Zusammenarbeit geben.

Die Liste der Schwerpunkte ließe sich weiterführen. Es gebe viel zu tun. Die Themen und Projekte seien spannend. Er freue sich auf eine konstruktive Zusammenarbeit.

Einvernehmlich empfahl der Ausschuss dem Plenum, von der Mitteilung Drucksache 16/10079 Kenntnis zu nehmen.

24.6.2021

Bogner-Unden